

TUSIAD Stimmen Aus der Türkei

Berlin

TS-BER/2014/06

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

ZYPRER VERHANDELN ÜBER WIEDERVEREINIGUNG

Es kommt Bewegung in die Zypernfrage: Vertreter der griechischen und türkischen Seite haben in Nikosia ein Strategiepapier zur Wiedervereinigung der Insel vorgelegt.

Zwei Jahre lang haben sie nicht mehr miteinander gesprochen, jetzt haben griechische und türkische Zyprier die Gespräche über eine Wiedervereinigung der geteilten Mittelmeerinsel wiederaufgenommen. Die Vertreter beider Seiten, Nikos Anastasiades und Dervis Eroglu, einigten sich am Dienstag am alten Flughafen von Nikosia auf ein Strategiepapier. Der zyprische Präsident Anastasiades sagte: "Ich hoffe, dass der heutige Tag der Anfang vom Ende eines inakzeptablen Zustandes wird, der unsere Insel und unser Volk seit 40 Jahren teilt." Ähnlich äußerte sich der türkisch-zyprische Volksgruppenführer Eroglu. Zypern ist seit fast 40 Jahren als Folge eines griechischen Putsches und einer türkischen Militärintervention im Juli 1974 geteilt. Im Norden gibt es die nur von der Türkei anerkannte Türkische Republik Nordzypern. Die Republik Zypern auf dem Südtteil der Insel ist seit 2004 EU-Mitglied. Eine Lösung des Konflikts gilt als Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Das von beiden Seiten unterzeichnete Dokument sieht in sieben Punkten vor, dass nach einer föderalen Lösung auf der Grundlage von politischer Gleichheit der beiden Volksgruppen gesucht werden solle. Genau das ist das Kernproblem, an dem bislang alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung scheiterten. Die griechischen Zyprier streben eine Föderation zweier Bundesstaaten mit einer starken Zentralregierung an. Dagegen wollen die türkischen Zyprier eine lose Konföderation zweier weitgehend unabhängiger Staaten. Sollte es eine Lösung geben, muss sie bei zwei getrennten Volksabstimmungen von den griechischen und türkischen Zypriern angenommen werden, heißt es im Dokument weiter. Als vertrauensbildende Maßnahme soll die Rückgabe der zyprischen Touristenstadt Famagusta-Varosha an ihre griechisch-zyprischen Bewohner im Gespräch sein. Rund 40.000 Einwohner hatten den Südtteil Famagustas im August 1974 angesichts vorrückender türkischer Panzer verlassen. Seitdem gleicht das Areal einer Geisterstadt. Das Treffen unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen dauerte etwa eineinhalb Stunden und wurde international begrüßt. Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die gemeinsame Erklärung "eine solide Grundlage für ergebnisorientierte Gespräche", wie Regierungssprecher Steffen Seibert mitteilte. Deutschland befürworte eine aktivere Rolle der Europäischen Union in diesem Prozess und begrüße vertrauensbildende Maßnahmen, die neue Dynamik in den Verhandlungsprozess bringe, hieß es aus dem Kanzleramt. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte, endlich komme es zu neuer Dynamik in der Zypernfrage. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso äußerte den Wunsch nach einer raschen Lösung. In den vergangenen Tagen hatten sich bereits US-Vizepräsident Joe Biden und der US-amerikanische Außenminister John Kerry telefonisch mit den Konfliktparteien in Verbindung gesetzt. [Internet-Link](#)

ERDOGAN FORDERT UNTERSTÜTZUNG FÜR EU-MITGLIEDSCHAFT

Im Jahr 2023 wird die Türkische Republik 100 Jahre alt. Bis zu diesem Jahr will sie ihr Ziel erreichen: die Aufnahme in die Europäische Union. Dafür wünscht sich Ministerpräsident Erdogan mehr deutsche Unterstützung.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat an die Bundesregierung appelliert, sein Land auf dem Weg in die EU zu unterstützen. In einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP, in Berlin sagte Erdogan, er wünsche sich von Deutschland mehr Unterstützung als bisher. Gleichzeitig versprach er, dass die Türkei ihrerseits den Reformprozess fortsetzen werde. "Nicht die Türkei braucht die EU. Die Europäische Union braucht auch die Türkei", unterstrich Erdogan. Sein Land fungiere als Brücke zum Nahen Osten und zu Nordafrika. Es habe enge Beziehungen zu den Turk-Republiken und zum Balkan. Die Aufnahme der Türkei in die EU könne daher einen wichtigen Beitrag zum Frieden in diesen Regionen leisten. "Es wird nicht möglich sein, eine Zukunft ohne die Türkei zu gestalten", so Erdogan. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden im Jahr 2005 aufgenommen. In der letzten Zeit sind sie jedoch ins Stocken geraten. Noch nicht verhandelt sind die Kapitel 23 und 24, in denen es um die Justiz und die Grundrechte geht. Lange hatte sich vor allem Deutschland gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU gesperrt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre CDU befürworteten stattdessen eine privilegierte Partnerschaft mit Ankara. In der Türkei führte diese Zurückweisung zu einer Abwendung von der EU. 74 Prozent der Türken glauben nicht mehr an eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Und auch Erdogan selbst richtete sein Augenmerk verstärkt auf den Nahen Osten und die zentralasiatischen Republiken. Allerdings sind die lange Zeit guten Beziehungen Ankaras zum Beispiel zu Israel und Syrien inzwischen schwer erschüttert. Mit dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad hat Erdogan gebrochen. 700.000 Flüchtlinge aus Syrien haben in der Türkei bislang Aufnahme gefunden. Für ihre Versorgung habe er nur wenig internationale Unterstützung erhalten, kritisierte Erdogan.

Sabotage und Provokation

Der islamisch-konservative Regierungschef, der seit 2003 im Amt ist, nahm in seinem Vortrag auch Stellung zu den innenpolitischen Spannungen in der Türkei. Die Demonstrationen und Korruptionsvorwürfe gegen seine Regierung wertete er als "Sabotage und Provokation". Organisierte Strukturen, die sich in Polizei und Justiz eingenistet hätten, zielten darauf ab, die Türkei zu destabilisieren. "Wir haben diesen Angriff abgewendet", betonte er. In Berlin und Brüssel hat das harte Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Demonstranten in Istanbul und Ankara Besorgnis ausgelöst. Darüber hinaus kritisiert man in der EU Erdogans Maßnahmen gegen Polizei und Justiz. Tausende Beamte wurden von ihm zwangsweise versetzt oder ihres Amtes enthoben, nachdem sie begonnen hatten, in Korruptionsfällen zu ermitteln. Auch Erdogans Sohn Bilal wird verdächtigt, sich unrechtmäßig bereichert zu haben.

Wahlkampf in Berlin

Der türkische Ministerpräsident setzt darauf, dass mit dem Kommunalwahlen Ende März ein neues Kapitel in der türkischen Politik aufgeschlagen wird. "Die Wahlen werden ein Wendepunkt sein", sagte er in Berlin. Danach werde ein neues Zeitalter anbrechen und die Türkei ihren wirtschaftlichen Erfolgskurs fortsetzen. Im Sommer wird sich auch Erdogan selbst wieder zur Wahl stellen. Im August möchte er sich zum Staatspräsidenten wählen lassen. Zum ersten Mal soll das Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt werden. In Berlin sprach Erdogan daher auch zu seinen Landsleuten. Dieser Auftritt wurde als Wahlkampfeinsatz gewertet. Denn in Deutschland leben 1,5 Millionen Türken, die in ihrer alten Heimat noch wahlberechtigt sind. [Internet-Link](#)

EU KRITISIERT NEUES GESETZ

Die EU hat die Türkei zur Änderung des neuen Gesetzes aufgefordert, mit dem Ankara die Kontrolle des Internets deutlich verschärft hat. "Das Gesetz muss in Übereinstimmung mit EU-Standards neu gefasst werden", sagte der Sprecher des EU-Erweiterungskommissars Stefan Füle gestern in Brüssel. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz kritisierte auf Twitter, das Gesetz sei "ein Schritt zurück in einer schon jetzt erstickenden Umgebung für Medienfreiheit". [Internet-Link](#)

AUSSENMINISTER WILL EU-GESPRÄCHE MIT DER TÜRKEI VORANTREIBEN

Frank-Walter Steinmeier will die Verhandlungen mit der Türkei über deren EU-Beitritt erweitern. Nun soll auch über die Justiz und die Menschenrechte gesprochen werden.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) will die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei trotz politischer Widerstände und der dortigen Korruptionsaffäre weiter vorantreiben. Die Bundesregierung mache sich in der Europäischen Union dafür stark, die Verhandlungen auf die beiden bisher blockierten Kapitel über Menschenrechte und Justiz zu erweitern, sagte Steinmeier nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoğlu in Berlin.

"Wir gehören zu denen, die sagen: Die Tür muss offen bleiben für die Türkei", sagte der Außenminister. Gerade wenn es wie aktuell um kritische Diskussionen – etwa über die Korruptionsaffäre in der Türkei – gehe, sei es sinnvoll, dies direkt in den entsprechenden Kapiteln der Beitrittsverhandlungen zu besprechen. Die Verhandlungskapitel 23 und 24 sollten Steinmeier zufolge eröffnet werden, "um dann miteinander in ein ernsthaftes und belastbares Gespräch zu kommen, wie die Dinge in der Türkei im Augenblick denn stehen".

Auch Davutoğlu sprach sich dafür aus, diese neuen Verhandlungskapitel zu eröffnen. Es sei wichtig, dass dies parallel zu den Justizreformen in der Türkei geschehe, sagte der türkische Außenminister. Zudem warb Davutoğlu um zusätzliche Investitionen aus Deutschland. Er sagte, dass Deutschland

schon heute der bedeutendste Handelspartner der Türkei sei. Die Gespräche über eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union (EU) stocken seit Jahren. Unter anderem wegen des Streits zwischen der Türkei und Griechenland über Zypern sind zahlreiche Beitrittskapitel blockiert, sodass zu diesen Themen keine Beratungen beginnen können. [Internet-Link](#)

EU UND TÜRKIE SIND IM BEITRITTSPROZESS GEFANGEN

Die Anzeichen, dass die Verhandlungen ausgesetzt werden, verdichten sich. Doch einige Mitgliedsstaaten dürften etwas dagegen haben.

Eine dahingeworfene Bemerkung des Europa-Abgeordneten Andrew Duff hat sich zu einer erregten Debatte entwickelt: Kann es sein, dass die Europäische Union die Beitrittskandidatur auf Eis legt? Duff, ein Türkei-Kenner, hatte das anfangs nur nebenbei auf einer Podiumsdiskussion gesagt, zu der er von Organisatoren aus dem Umfeld der Fethullah-Gülen-Bewegung eingeladen worden war. Der Brite war da gefragt worden, wie denn die EU auf die jüngsten Maßnahmen der Türkei reagiere: das neue, von Brüssel bereits scharf verurteilte Internetgesetz, das neue Gesetz zur Ernennung von Richtern und Staatsanwälten und das neue Geheimdienstgesetz, welches dem Geheimdienst MIT mehr Vollmachten gibt als jedem Ministerium. Duff sagte dazu, in der EU sei man "noch nie so nah dran gewesen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen". Der Abgeordnete setzte in der "Times" noch einen drauf, und nun wurde es zur Story: Es würde ihn überraschen, sagte er, wenn die EU die Verhandlungen im kommenden Herbst nicht suspendieren würde. Tatsache ist, dass in Brüssel und in den meisten europäischen Hauptstädten mittlerweile Konsens darüber herrscht, dass die Türkei gegenwärtig den Aufnahmekriterien nicht mehr genügt. Müsste man heute darüber entscheiden, ob man Beitrittsverhandlungen beginnen sollte, wäre die Antwort ein klares Nein.

Elmar Brok, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, hatte es der "Welt" schon am 7. Januar gesagt: "Die Türkei ist nicht reif für einen Beitritt, und ich fürchte, sie wird es niemals sein und auch niemals wollen. Die EU und die Türkei sollten sich endlich gegenseitig die Wahrheit sagen, anstatt sich noch länger etwas vorzumachen. Ziel der Beitrittsverhandlungen sollte künftig nicht die Vollmitgliedschaft sein, sondern eine Art gemeinsamer Wirtschaftsarm wie zwischen der EU und Norwegen." Das klang harsch, aber fast wortgleich hatte es bereits im September 2013 der damalige türkische EU-Minister Egemen Bagis mit Bezug auf Norwegen gesagt: eng mit der EU assoziiert, aber ohne Mitgliedschaft. Nur über die Gründe waren sich die beiden uneinig. Brok sieht die Schuld bei der Türkei, Bagis bei der EU. Die Frage kann klar beantwortet werden. Das Gerede über eine Aussetzung der türkischen Kandidatur begann erst, nachdem die Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan als Reaktion auf die Protestbewegung im vergangenen Sommer anfang, das Land in einen Polizeistaat zu verwandeln. Davor, bis Juni 2013, waren alle Beobachter eigentlich von einem neuen Schwung in den Verhandlungen ausgegangen. Verantwortlich für die Verschlechterung der Stimmung ist also klar die Türkei. Seit dem Sommer mehrten sich die höflichen Warnungen aus Brüssel, etwa als Erweiterungskommissar Stefan Füle nach Ankara signalisierte, eine Aussetzung wolle man vermeiden, da diese nur sehr schwer wieder aufzuheben wäre. Damit war das Wort ausgesprochen. Die Drohung soll erneut angeklungen sein, als Erdogan am 21. Januar in Brüssel war. Insbesondere die von ihm angestrebte Justizreform verstoße gegen den EU-Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung und gefährde den türkischen EU-Beitritt, wurde ihm angeblich gesagt. Erdogan soll daraufhin Zusagen gemacht haben, aber am Ende wurde das Gesetz dennoch in Ankara verabschiedet. Es sieht unter anderem vor, dass die Regierung fortan die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beeinflussen kann. Die in der Türkei ohnehin problematische Unabhängigkeit der Justiz – also die Gewaltenteilung – wäre damit noch stärker eingeschränkt. Wie es nun weitergeht zwischen der EU und der Türkei, wird zu einem guten Teil davon abhängen, ob Präsident Abdullah Gül das Gesetz unterschreibt. Aber Aussetzung der Kandidatur? In Berichten aus Brüssel wird dieser Tage festgestellt, dass dies "nicht auf der Agenda" stehe und niemand die "nukleare Option" wolle. Ein Grund mag sein, dass es womöglich gar nicht oder nur sehr schwer geht. In der Vereinbarung zu den türkischen Beitrittsverhandlungen aus dem Jahr 2005 heißt es, die Kommission oder ein Drittel der Mitgliedsländer könnten eine Suspendierung der Verhandlungen vorschlagen, wenn die Türkei dauerhaft Grundwerte der EU verletzt, etwa Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit und so weiter. Entschieden werde dann im

Europäischen Rat, mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet derzeit konkret, dass mindestens 16 Länder, die mindestens 313 Millionen Einwohner vertreten, mindestens 260 von 352 "Stimmen" im Rat zusammenbringen müssten. In der Praxis wird aber meist Einstimmigkeit angestrebt, es gibt kaum Kampfabstimmungen. Eine solche könnte leicht eine EU-Krise auslösen. Ungarn beispielsweise betrachtet sich als derzeit engster Verbündeter Ankaras, und auch andere Länder im Südosten Europas haben so enge wirtschaftliche Beziehungen zu Ankara, dass sie Ärger mit den Türken lieber vermeiden würden. Rumänien und Bulgarien etwa, aber auch Griechenland, das in seiner Finanznot zunehmend auf türkische Touristen und Investoren angewiesen ist. Aber auch auf der Bühne der großen Politik würde es stören. Erstmals seit Langem gibt es etwas Bewegung in der Zypernfrage, davon wiederum hängt ab, ob die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeertür Europa brauchbar werden könnten. Ein Bruch mit Ankara wäre das Ende der Lösungsversuche auf Zypern.

Mit anderen Worten, es ist nicht so einfach, die Kandidatur der Türkei zu beenden. Die EU und die Türkei sind auf eigenartige Weise im Beitrittsprozess gefangen. Es kann nicht vorangehen, aber es kann auch nicht aufhören. [Internet-Link](#)

DER NOTAR VON CANKAYA

Er hat es getan. Abdullah Gül, Staatspräsident der Türkei, hat das "Gesetz über Publikationen im Internet und die Bekämpfung von Straftaten durch Publikation im Internet" unterzeichnet. Nachdem die türkische Regierungspartei AKP das restriktive Gesetz nach hitziger Debatte am 5. Februar verabschiedet hatte, erhofften sich die Anhänger des türkischen Präsidenten -, zumindest jene, die in ihm die liberalere Variante des kompromisslos machtbewussten Regierungschefs Tayyip Erdogan sahen - der erste Mann des Staates werde den Text zur neuerlichen Debatte an das Parlament zurückzusenden. Wenn er wirklich eine weltoffeneren Türkei anstrebe, habe Gül nun die Chance, das zu beweisen, war zu hören. Hic Rhodus, hic salta! (Hier ist Rhodos, hier springe!)

Doch der Präsident sprang nicht. Stattdessen verkündete der Hausherr des Präsidentenpalastes Cankaya über Twitter, die Regierung habe ihm zugesagt, zwei von ihm beanstandete Artikel des nicht nur von der EU scharf kritisierten Gesetzes nachzubessern. Deshalb habe er das Gesetz unterzeichnet. Auf welche Artikel sich Beanstandungen und Nachbesserungszusagen bezogen, teilte Gül nicht mit. Überraschend ist sein Verhalten nicht. Schon bei früheren heiklen Gesetzen ließ der Präsident, der formal parteilos ist, aber Erdogans AKP entstammt, sein Vetorecht im Schrank. Als "Notar von Cankaya" verspotteten manche Türken das Staatsoberhaupt ob seiner Neigung, jedes Gesetz anstandslos zu unterzeichnen. Niemand habe die Absicht, Zensur auszuüben, hatte Erdogan wenige Stunden vor Güls Mitteilung gesagt: "Wir ergreifen nur Maßnahmen gegen Immoralität, Erpressung und Drohungen." Als unmoralisch und erpresserisch betrachtet der Regierungschef vor allem Kritik an ihm oder Korruptionsermittlungen gegen sein Umfeld. Künftig soll die Telekommunikationsbehörde in Ankara derlei Unmoral unterbinden. Ihr neuer Chef, Cemalettin Celik, wurde im Dezember 2013 eingesetzt, knapp eine Woche nach dem öffentlichen Bekanntwerden von Korruptionsermittlungen gegen mehrere inzwischen zurückgetretene Minister. Celik wird in türkischen Medien als enger Vertrauter Erdogans und einstiger Geheimdienstmitarbeiter beschrieben, der gleich nach seiner Einsetzung mehrere Abteilungsleiter der Telekommunikationsbehörde ausgetauscht habe. Geheimdienst Erfahrung wäre für den neuen Behördenchef gewiss von Vorteil, denn das künftige Gesetz sieht eine umfassende Vorratsdatenspeicherung vor. Das Surfverhalten aller Nutzer soll für zwei Jahre gespeichert werden. Die Telekommunikationsbehörde werde "Informationen ohne Gerichtsbeschluss oder berechtigten Grund" sammeln, heißt es dazu in einem von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Auftrag gegebenen Gutachten, in dem auch bemängelt wird, dass den systematisch ausgeforschten Bürgern kein juristischer Weg offensteht, sich dagegen zu wehren. Der Staat könne vielmehr ohne rechtliche Beschränkung und "vollkommen willkürlich" Informationen über seine Bürger sammeln. In dem Gutachten ist von einem "umfassenden Dossier über das Privatleben" der im Internet surfenden Bürger die Rede. Außer der Vorratsdatenspeicherung richtet sich die Kritik vor allem gegen die neuerliche Vereinfachung des Verfahrens zum Blockieren von Internetseiten. Früher musste dazu ein Gerichtsbeschluss eingeholt, nun kann er nachgereicht werden. Dass in der Türkei immer wieder erschreckende Verletzungen der privaten Sphäre von Bürgern vorkommen - dazu gehören zum Beispiel anonym ins Netz gestellte

Videofilme aus den Schlafzimmern (oppositioneller) Politiker und ihrer Geliebten, aufgenommen in Wohnungen oder Hotelzimmern -, bestreitet dabei niemand. Doch die Regierung hat in der Vergangenheit mehr als genug Anlass für den Verdacht geboten, dass das neue Gesetz vor allem politisch motiviert ist. Das lehrt die Erfahrung des 2007 verabschiedeten Vorgängergesetzes. Offiziell galt es dem Schutz von Kindern. Tatsächlich wurden aber außer pornographischen Inhalten auch viele tausend Seiten politischen Inhalts blockiert. Die Implementierung des Gesetzes von 2007 habe gezeigt, dass das Gesetz, statt Kinder zu schützen, "systematisch dafür genutzt wurde, legitime Inhalte zu sperren", heißt es bei der OSZE. Als Folge davon verlor die Türkei unter anderem einen Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Statt das Gesetz zu entschärfen, habe die Türkei nun aber Bestimmungen verabschiedet, die eine neue Welle von Blockaden einläuten und maßgeblichen Einfluss "auf Redefreiheit, investigativen Journalismus, den journalistischen Quellenschutz, die politische Debatte und den Zugang zu Informationen im Internet" in der Türkei haben werde, warnt die OSZE.

Gül hat unterdessen nach seiner Ankündigung, er werde das Gesetz unterzeichnen, mindestens 80.000 "Follower" auf Twitter verloren. Das geht auf Twitter ganz einfach: Durch einen Klick auf "Entfolgen" wird man von der Verteilerliste des Twitterers, auf dessen Nachrichten man abonniert war, im Nu gestrichen. Gül wird den Verlust freilich verschmerzen können - schließlich hatte er am Mittwoch immer noch etwa 4,3 Millionen Abonnenten auf dem Kurznachrichtendienst. Auf seinem Schreibtisch liegt unterdessen ein weiteres Gesetz zur Unterzeichnung bereit: Das sogenannte Justizgesetz soll der Regierung Zugriff auf die Karrieren von Richtern und Staatsanwälten ermöglichen. Auch dagegen hat die EU Einwände erhoben. Doch das muss die türkische Regierung nicht kümmern. Sie verlässt sich auf den ersten "Notar der Republik". [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

TÜRKEI WIRD FÜR INVESTOREN IMMER RISKANTER

Korruption und anhaltende Demonstrationen schaden dem Ruf der Türkei. Investoren ziehen ihr Kapital ab. Doch zahlreiche Unternehmen halten dem Land trotzdem die Treue.

Korruption, anhaltende Demonstrationen gegen die Regierung und eine unter Druck stehende Währung: Der Ruf des Standortes Türkei ist ramponiert. Dem mit einer Bestechungsaffäre konfrontierten Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan bläst ein kalter Wind entgegen. Weil die US-Notenbank Fed ihre jahrelang lockere Geldpolitik langsam strafft, ziehen Investoren derzeit viel Geld aus der Türkei ab und legen es lieber in den USA an. Die Landeswährung Lira büßte dieses Jahr bereits vier Prozent an Wert ein.

Das hinterlässt Spuren bei zahlreichen Unternehmen. Unter anderem merken dies der US-Autoriese Ford und der deutsche Zulieferer Elring Klinger in ihren Werken in dem Schwellenland. Jedes ausländische Bauteil für die Montage in der Türkei verteuert sich mit der Lira-Abschwächung. Obwohl die Gewinne schmelzen und womöglich eine harte Landung der Wirtschaft droht, wollen sie dennoch dem Land die Treue halten. Dahinter steht die Hoffnung, dass der Sturm bald wieder abzieht. "Wir beobachten die Lage, aber mittelfristig bleiben wir positiv gestimmt und investitionsbereit", versichert der Chef der italienischen Großbank UniCredit, Federico Ghizzoni. Ein rundes Dutzend Firmen, das Reuters befragte, sieht dies ähnlich und will die Investitionen nicht zurückschrauben. Dabei musste die Zentralbank in Ankara die Zinsen jüngst in einer Notoperation drastisch anheben, um die Folgen der Kapitalflucht zu mildern und die Landeswährung vor dem Absturz zu bewahren.

Einst schwärmte Siemens-Chef Joe Kaeser von der Türkei als einem tollen Standort. "Noch vor zwei Jahren hätte ich gesagt: Hier spielt die Musik." Nun seien die Aussichten aber unsicher. BASF reagiert auf die Lage mit einer Verschärfung des Risiko-Managements. Unter dem Eindruck der Währungsturbulenzen will der Ludwigshafener Chemie-Riese sein dort eingesetztes Kapital schärfer unter die Lupe nehmen - und etwa die Lagerhaltung vorsichtiger gestalten. Die türkische Wirtschaft hatte zwischen 2002 und 2011 einen rasanten Aufstieg hingelegt. Sie stellte laut Angaben der staatlichen Agentur zur Investitionsförderung mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 5,2 Prozent im Jahr andere Schwellenländer wie Russland und Brasilien weit in den Schatten. Doch nun drohe eine harte Landung, meint Ökonom Fadi Hakura vom renommierten Londoner

Forschungsinstitut Chatham House. Denn langfristig seien nur noch Wachstumsraten von zwei bis vier Prozent drin. Das Schwellenland müsse den Regierungsapparat modernisieren, massiv Bürokratie abbauen und mehr in Bildung investieren, um den entscheidenden Schritt zum Industrieland zu schaffen, ergänzt der Forscher. Sollten nachhaltige Reformen auf die lange Bank geschoben werden, könnte das Land wieder als kranker Mann am Bosphorus enden. . [Internet-Link](#)

TÜRKEI BRINGT DOLLAR-LANGLÄUFER AN DEN MARKT

Die Verschnaufpause bei den Turbulenzen an den Schwellenländermärkten hat die Türkei genutzt: Das Land bringt eine Dollar-Anleihe an den Markt – mit einer Laufzeit bis 2045. Der Zeitpunkt ist günstig.

Die Türkei nutzte eine Verschnaufpause bei den Turbulenzen an den Schwellenländermärkten und kam mit einer Dollar-Anleihe mit Laufzeit bis 2045 an den Markt. Der Zeitpunkt erscheint günstig, denn das Land befindet sich mitten in einer Korruptionsuntersuchung und im März stehen Wahlen an, was die Finanzierungskosten in die Höhe zu treiben droht. Das Land platzierte 31-jährige Bonds im Volumen von 1,5 Milliarden Dollar mit einer Rendite von 6,70 Prozent. Die Emission war mehr als viermal überzeichnet, wie das Finanzministerium am Donnerstag mitteilte. Erst vor wenigen Tagen hatte Slowenien als erstes Schwellenland seit fast drei Wochen den Kapitalmarkt angezapft und 3,5 Milliarden Dollar erlöst. Die Türkei hat mit dieser Emission und der vorhergehenden im Januar im Volumen von 2,5 Milliarden Dollar mehr als 70 Prozent der für 2014 geplanten Gelder beschafft. Der Druck auf die Preise türkischer Vermögenswerte hat sich abgeschwächt, nachdem die Zentralbank die Leitzinsen heraufgesetzt hatte, um den Verfall der Lira zu stoppen. Daraufhin zogen die Kurse von Aktien und Anleihen an und die Lira legte die stärkste Rally unter den Schwellenländerwährungen hin. Die heutige Dollar-Emission wird auch dazu beitragen, die Devisenreserven der Türkei wieder aufzufüllen. Diese sind um neun Prozent abgeschmolzen, seit am 17. Dezember die Untersuchung über Korruption in der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan begann. Zudem stehen am 30. März Kommunalwahlen an.

„Es ist umsichtig, die Finanzen zu stärken und die Finanzierung so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen, insbesondere wenn die Turbulenzen weitergehen“, schrieb Markus Schomer, Chefökonom bei PineBridge Investments in New York per E-Mail. Die politischen Turbulenzen waren ein Faktor bei der Entscheidung von Standard & Poor's, am 7. Februar den Ausblick für die Bonitätsnote der Türkei von „stabil“ auf „negativ“ herunter zu setzen. S&P benotet das Land eine Stufe unter Investment-grade. [Internet-Link](#)

S&P DROHT TÜRKEI MIT HERABSTUFUNG DER KREDITWÜRDIGKEIT

Aufgrund der Möglichkeit einer „harten Landung“ der türkischen Wirtschaft droht die Ratingagentur dem Land nun mit einer Herabstufung der Bonitätsnote. Die Geldpolitik des Landes steht in der Kritik. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat der Türkei mit einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit gedroht. Die aktuelle Bonitätsnote bleibe aber zunächst bei „BB+“, teilte S&P in London mit. Dies ist die beste Bewertung im sogenannten Ramschbereich. Der Ausblick für die Note werde jedoch von „stabil“ auf „negativ“ gesenkt. Die Wahrscheinlichkeit einer Herabstufung in den nächsten zwölf Monaten liege bei eins zu drei.

S&P begründete die Entscheidung mit dem wachsenden Risiko einer „harten Landung“ der türkischen Wirtschaft. Ursache dafür sei die Geld- und Fiskalpolitik des Landes sowie die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds. Zuletzt war die türkische Lira an den Finanzmärkten stark unter Druck geraten. Die türkische Notenbank hatte zur Stützung der Währung den Leitzins drastisch angehoben. Dies dürfte aber die Konjunktur belasten. Die Ratingagentur senkte ihre Wachstumsprognose für die Türkei für die Jahre 2014 und 2015 daher von bisher 3,4 Prozent auf 2,2 Prozent. Zudem habe sich das politische Umfeld verschlechtert, heißt es in der Mitteilung von S&P. Die Türkei ist von Korruptionsaffären betroffen, die von der Regierung mit Eingriffen in die Justiz beantwortet wurden. Laut S&P könnte die Einschränkung der Unabhängigkeit der Notenbank eine Gefahr für die Wirtschaft darstellen. Angesichts der hohen Defizite im Außenhandel ist die Türkei stark auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. [Internet-Link](#)

FEDERAL RESERVE LÖST KAPITALFLUCHT IN DER TÜRKEI AUS

Durch eine Politik des billigen Geldes befeuerte die türkische Zentralbank einen Immobilienboom. Dies ließ den Wohlstand der türkischen Bevölkerung deutlich wachsen. Doch die Ankündigung der US-Notenbank, ihre ultra-lockere Geldpolitik zu beenden, hat nun eine massive Kapitalflucht ausgelöst.

Die Türkei war lange Zeit ein Musterland der Emerging Economies. Hohes Wirtschaftswachstum in der zurückliegenden Dekade ließ den Wohlstand der türkischen Bevölkerung deutlich wachsen. Insbesondere Erdogan mit seiner AKP nutzte diese Chance, um auch die schwächer entwickelten Regionen durch staatliche Transfers am Wirtschaftsboom teilhaben zu lassen. Dadurch hat er sich bisher einen massiven Rückhalt in diesen Regionen der Türkei erhalten können. Allerdings geriet die Leistungsbilanz immer mehr in eine Schieflage, das heißt die Türkei war auf einen nachhaltigen Kapitalimport angewiesen, um ihr Handelsbilanzdefizit auszugleichen. Im Jahr 2011 erreichte das Leistungsbilanzdefizit der Türkei mit 9,7 Prozent der des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordwert. Damit erreichte die Türkei bereits ein vergleichbares Leistungsbilanzdefizit wie Griechenland vor Beginn der Krise.

Mithin war es nur eine Frage der Zeit, wann diese Fragilität der türkischen Wirtschaft den ausländischen Kapitalgebern bewusst wird. Spätestens als das Wirtschaftswachstum der Türkei im Laufe des Jahres 2010 sich deutlich verlangsamte, war klar, dass die Türkei auf eine Zahlungsbilanzkrise zusteuerte. Erdogans politischer Kurs einer konservativ-islamischen Politik trug des Weiteren zu einer Destabilisierung der Türkei bei. Die sozialen Unruhen in den Wirtschaftszentren der Türkei insbesondere auch Istanbul musste trotz deren brutaler Niederschlagung durch Polizei und Militär das Vertrauen in die Solidität der türkischen Wirtschaft weiter unterminieren. Hinzu kam eine ausufernde Korruption in die auch die Spitzen der türkischen Regierung verwickelt sind. Die von Erdogan autokratisch angeordneten Säuberungen im Justiz- und Polizeiapparat haben sein Ansehen in der breiten Bevölkerung weiter geschwächt. Mithin sinkt die Legitimation der jetzigen Regierung sowohl im In- wie auch im Ausland rapide. Insbesondere auch die EU hat die Beitrittsverhandlungen der Türkei bis auf weiteres gestoppt. Die offen zu Tage getretenen Demokratiedefizite machen einen Beitritt der Türkei zur EU, die letztendlich auch eine Wertegemeinschaft einschließt unmöglich. Durch eine Politik des billigen Geldes der türkischen Zentralbank wurde ein Immobilienboom in der Türkei befeuert, der einerseits vorübergehend hohes Wirtschaftswachstum induzierte, aber eben auch zu gravierenden Fehlinvestitionenbeitrug. Das Tröpfchen was das Fass letztendlich zum Überlaufen im Mai 2013 gebracht hat, war die Ankündigung der US-Notenbank ihre Politik der ultra-lockeren Geldpolitik beenden zu wollen. Insbesondere die Emerging Market Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten mussten jetzt um die weitere Finanzierung fürchten. Dazu zählt aber eben auch neben Brasilien, Südafrika und Indien auch die Türkei. Das Geld das reichlich aus den USA und Europa in diese Länder floss – Schätzung gehen von rund 1 Bill. US-Dollar aus, begann seinen Rückzug in die sicheren Häfen in Europa, die USA oder auch Japan anzutreten. Damit geriet aber auch der Außenwert der türkischen Lira zunehmend unter Druck. Seither hat die türkische Lira beispielsweise gegenüber dem Euro von rund 2,4 Lira pro Euro auf aktuell 3,2 Lira pro Euro abgewertet, der Wechselkurs fiel um rund 33 Prozent. Sofern daher Schulden gegenüber dem Ausland nicht in der einheimischen Währung kontrahiert wurden, dürfte dies zu massiven Finanzierungsproblemen der Kreditnehmer führen. Versuche der türkischen Zentralbank den Wechselkurs der Lira durch Devisenmarktinterventionen zu stabilisieren blieben weitgehend erfolglos. Die jetzt von ihr gezogene Notbremse einer drastischen Erhöhung der Leitzinsen auf einen Schlag von 4,5 Prozent auf 10 Prozent dürfte die Türkei endgültig in eine schwere Rezession stürzen. Wer jetzt in der Türkei auf billige Kreditzinsen angewiesen ist, steht de facto kurz vor der Insolvenz. Ein solcher Zinsschock ist in keinem Land ohne schwere Verwerfungen für die gesamte Wirtschaft kaum verkraftbar. Da helfen auch Verschwörungstheorien von Erdogan wenig. Am Ende könnte die Diagnose lauten: Wechselkurs der Lira stabilisiert, aber der Patient Türkei ist vorübergehend mausetot. Die damit vorgezeichnete Destabilisierung der Türkei im östlichen Mittelmeerraum wäre dann der letzte Tropfen der das Fass dort zum Überlaufen bringen kann. Neben Syrien, dem Libanon, Ägypten, Zypern und Griechenland befindet sich die ganze Region in Aufruhr. Ein globaler Krisenherd dessen Folgen derzeit kaum absehbar sind. Auch die EU insbesondere auch Deutschland als einer

der wichtigsten Handelspartner der Türkei dürfte davon nicht verschont bleiben. Nur die Touristen, die in der Türkei Urlaub machen wollen, können sich über die günstigeren Angebote im kommenden Sommer freuen, falls nicht auch ihnen ein Inflationsschub einen Strich durch die Rechnung macht. Zahlreiche Deutschtürken dürften daher bereits über eine Rückkehr nach Deutschland nachdenken. Zuvor war der Immigrationstrom in die andere Richtung verlaufen. [Internet-Link](#)

TÜRKEI UNTER DEN 10 GRÖSSTEN WINDENERGIEPRODUZENTEN IN EUROPA

Die Erzeugung von Strom mit Windenergie befindet sich in der Türkei im Aufwind. Die Turbinen, die im ganzen, vom Wind gepeitschten Land installiert werden, haben Ende 2013 eine Gesamtleistung von 3 Gigawatt (GW) erreicht und machen damit die Türkei zu einem der 10 größten Windenergieproduzenten in Europa. Laut den vom Europäischen Windenergieverband veröffentlichten Daten, haben die türkischen Windenergieerzeuger im letzten Jahr 646 Megawatt (MW) zu ihrer Gesamtleistung hinzugefügt. Die aus Windenergie erzeugte Gesamtleistung der Türkei hat um 28 Prozent zugenommen und betrug 2.956 MW. Die Türkei übertrifft damit die Niederlande und wird zum 10. größten Windenergieerzeuger Europas. Im Land befinden sich Anlagen für rund 1.000 MW Stromleistung im Bau, die dieses Jahr ans Netz gehen sollen, besagen vorhergehende Berichte des Türkischen Windenergieverbandes. Die Stromleistung des Landes in Höhe von 62.000 MW zum Ende des Jahres 2013 wird 2023 voraussichtlich 120.000 MW erreichen, von denen 20.000 MW aus Windenergie erzeugt werden sollen. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

BAYER ZUVERSICHTLICH FÜR 2014



Der Pharma- und Chemiekonzern blickt nach einem Umsatzrekord 2013 optimistisch in die Zukunft. Vor allem die Medikamenten-Sparte mausert sich zu einer sprudelnden Gewinnquelle. Der Überschuss von Bayer stieg im vergangenen Jahr um fast ein Drittel auf 3,19 Milliarden Euro, wie der Konzern mitteilte. Der Umsatz legte um ein Prozent auf 40,16 Milliarden Euro zu. "Damit haben wir eine neue Bestmarke in unserer nun 150-jährigen Unternehmensgeschichte erzielt", erklärte Konzernchef Marijn Dekkers. "Wir gehen auch das Jahr 2014 optimistisch an", sagte Dekkers. Bayer will im laufenden Jahr - Währungseinflüsse sowie Zu- und Verkäufe heraus gerechnet - den Umsatz um rund fünf Prozent erhöhen. Negative Währungseffekte eingerechnet wird ein Umsatz von 41 bis 42 Milliarden Euro erwartet. Der Gewinn soll um eine untere bis mittlere einstellige Prozentzahl zulegen.

Sorgenkind Kunststoffsparte

Der Konzern kündigte an, in den Jahren 2014 bis 2016 mehr als 18 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung sowie in seine Sachanlagen zu investieren - vor allem in der Gesundheitssparte und im Agrochemiegeschäft. Sorgenkind bei Bayer bleibt die Kunststoffsparte MaterialScience. Ihr Ergebnis sank im vergangenen Jahr. Bayer konnte kaum Preise erhöhen, die Nachfrage blieb schwach. Dem Konzern machen unter anderem im Asiengeschäft Überkapazitäten zu schaffen. [Internet-Link](#)

DAIMLER: DER STERN GLÄNZT WIEDER

DAIMLER

Wieder auf der Überholspur statt Dellen im Blech und Kratzer im Lack: Der Autobauer Daimler hat seine Schwächephase überwunden und macht den Wettkampf der Premiumhersteller wieder spannend. Sein ganz persönlicher Stern war schon gesunken - doch jetzt ist Dieter Zetsche wieder obenauf. Der Vorstandsvorsitzende des Stuttgarter Autobauers Daimler war in der jüngeren Vergangenheit angeschlagen: Die Geschäfte der Nobelmarke liefen schlecht, andere Premiumhersteller wie Audi und BMW zogen an den Schwaben vorbei. Doch mit einer radikalen Erneuerung der Modellpalette, einem milliarden schweren Sparprogramm und Investitionen in Zukunftstechnologien hat der Konzern die Trendwende geschafft.

Bestwerte lassen Bilanz glänzen

Am 06.02.2014 präsentierte Zetsche sichtlich entspannt eine Konzernbilanz mit jeder Menge Bestmarken sowohl beim Absatz, beim Umsatz und beim Konzernergebnis. Rund sieben Prozent mehr Autos, Trucks und Busse wurden verkauft, was den Umsatz auf den Rekordwert von 118 Milliarden Euro steigen ließ, ein Plus von drei Prozent. Unterm Strich verdiente Daimler 8,7 Milliarden Euro, so viel wie noch nie in der Unternehmensgeschichte. Dabei, so Zetsche, sei 2013 ein Jahr gewesen, das man nicht sonderlich gut begonnen, aber sehr erfolgreich abgeschlossen habe. "Das wichtigste ist, wir haben mit unseren neuen Produkten und unseren Programmen die Grundlage für weitere Erfolge in den kommenden Jahren gelegt. Mein Fazit, wie es bei Daimler läuft, lautet also: Gut mit allem, was wir uns vorgenommen haben, demnächst noch besser."

Positive Reaktionen

Freilich profitierte der Autobauer auch vom Verkauf seiner Anteile am Luft- und Raumfahrtkonzern EADS (heute: Airbus Group). Die eingenommenen 3,2 Milliarden Euro will Daimler vor allem in die Entwicklung neuer Modelle stecken. All das kam an der Börse gut an, zu Handelsbeginn schoss die Daimler-Aktie um vier Prozent nach oben, auch weil die Dividende leicht erhöht werden soll. "Zahlen gut, Ausblick gut, alles gut", resümierte Autoanalyst Jürgen Pieper vom Bankhaus Metzler. Stefan Bratzel vom Center of Automotive Management in Bergisch-Gladbach sieht die Entwicklung ebenfalls positiv, räumt aber ein: "Für eine echte Wende muss jetzt Nachhaltigkeit dazukommen." Einige Maßnahmen hätten im letzten halben Jahr bereits Wirkung gezeigt. "Es kommt aber auch darauf an, dass man in den Kernmärkten, wie beispielsweise China, stärker wird." China sei ein ganz großes Problem im Daimler-Konzern, "wo man über Jahre hinweg sehr viel schwächer war als die Wettbewerber. Und da ist man jetzt dabei, das zu korrigieren. Aber der Weg ist hier noch weit." Offenbar trägt die Modelloffensive - sieben Stück hat Daimler im vergangenen Jahr auf den Markt gebracht - jetzt erste Früchte. Vor allem die Marke Mercedes-Benz will ihr angestaubtes Image loswerden - um eben auch die jüngere Kundschaft zu erreichen. Dies versucht Daimler seit einiger Zeit auch mit einem Online-Shop für den Neuwagenkauf, und dort, so Zetsche, hätten sich schon 90.000 Interessenten angemeldet. Zudem macht ihm der Monat Januar Hoffnung für ein insgesamt besseres Jahr: 15 Prozent mehr Mercedes-Pkw seien da verkauft worden.

Unsicherheitsfaktor: Weltkonjunktur

"Nach zwei Jahren mit eher verhaltenem Wachstum der Weltwirtschaft gibt es, trotz der aktuellen Unsicherheit in einigen Schwellenländern, nun gute Chancen für eine gewisse Verbesserung", sagte Zetsche und verwies auf die Konjunkturbelebung in den Industriestaaten. Deshalb rechne man mit einem weiteren Anstieg der weltweiten Pkw-Nachfrage "in der Größenordnung von vier bis fünf Prozent in diesem Jahr. Konkret rechnen wir für 2014 in allen Fahrzeuggeschäftsfeldern mit deutlichen Zuwächsen." Und damit nicht genug: Zetsche hält an seinem Ziel fest, die Erzrivalen BMW und Audi bis 2020 bei Absatz, Umsatz und Profitabilität zu überholen und wieder auf den Thron zu klettern. Dazu muss aber vom Umsatz mehr Gewinn im Konzern bleiben: Neun Prozent Umsatzrendite, wie sie BMW derzeit schon schafft, ist auch das Ziel, das Dieter Zetsche für Daimler ausgegeben hat. Derzeit sind es in der Pkw-Sparte nur knapp über sechs Prozent. Da heißt es: Weiter kräftig Gas geben. [Internet-Link](#)

ALLIANZ SCHAFFT GEWINNSPRUNG



Hohe Flut- und Hagelschäden: Die Allianz steckt die Belastungen gut weg. Auch die Niedrigzinsen konnte sie verschmerzen. Ihre Vermögensverwaltung fuhr ein Rekordergebnis ein.

Europas größter Versicherer Allianz hat seinen Gewinn 2013 kräftig gesteigert. Höhere Preise in der Schaden- und Unfallversicherung ließen den Dax-Konzern die gestiegenen Katastrophenschäden verschmerzen. Ein Rekordergebnis in der Vermögensverwaltung half über Rückgänge in der Lebensversicherung hinweg, die unter den Niedrigzinsen und der Sanierung ihres Südkorea-Geschäfts litt. Die Aktionäre können sich auf eine deutlich höhere Dividende freuen. Für 2014 stellte Allianz-Chef Michael Diekmann allerdings keine großen Steigerungen in Aussicht.

Dividende steigt

Unter dem Strich verdiente die Allianz 2013 fast exakt sechs Milliarden Euro und damit rund 15 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der operative Gewinn legte um acht Prozent auf 10,1 Milliarden Euro zu. Der Umsatz stieg um vier Prozent auf 110,8 Milliarden Euro. Die Dividende soll um 18 Prozent auf 5,30 Euro je Aktie steigen. Im laufenden Jahr will Diekmann das Niveau des Vorjahres in etwa halten. Das wirtschaftliche Umfeld bleibe weiterhin herausfordernd, sagte der Manager. Die Allianz gibt sich bei ihren Prognosen üblicherweise vorsichtig.

Zinsen verharren auf niedrigem Niveau

Zu der Entwicklung trug vor allem die Schaden- und Unfallversicherung bei, die Belastungen durch Flut, Hagel und Sturm überraschend gut wegsteckte. In der Vermögensverwaltung verdiente der Konzern so viel wie nie zuvor, obwohl Anleger zunehmend Geld abzogen. In der Lebens- und Krankenversicherung lastete neben Währungs- und Zinsschwankungen auch der Umbau des Südkorea-Geschäfts auf dem Ergebnis. "Wir werden noch eine ganze Weile mit niedrigen Zinsen leben müssen", sagte Finanzvorstand Dieter Wemmer. Die Allianz versucht mit neuartigen Produkten ohne den klassischen Garantiezins zu punkten, die dem Kunden die Chance auf eine höhere Rendite bieten sollen. [Internet-Link](#)

ADAC WIRFT GESCHÄFTSFÜHRER RAUS



Der ADAC will sich von seinem umstrittenen Geschäftsführer Karl Obermair trennen.

Der Club habe Gespräche mit Obermair über eine einvernehmliche Beendigung seiner Tätigkeit geführt, sagte der kommissarische ADAC-Präsident August Markl am Dienstag bei einer Pressekonferenz in München. Die Geschäftsführung solle neu ausgerichtet werden. Markl betonte zugleich, kein Mitglied der Geschäftsführung habe mit den jüngsten Manipulationen zu tun. Der Verein mit seinen mehr als 18 Millionen Mitgliedern hatte zuvor wiederholte Fälschungen bei seinem Autopreis „Gelber Engel“ einräumen müssen. Obermair hatte diese Fälschungen zunächst bestritten.

Hintergrund

Ergebnis der Sonderuntersuchung: Zuvor hatte das Wirtschaftsprüfungs-Unternehmen Deloitte am Dienstag seinem Abschlussbericht zum ADAC-Skandal vorgelegt. Ergebnis: Der Autoclub soll lediglich bei der Wahl zum Lieblingsauto der Deutschen manipuliert haben. Eine Manipulation in den restlichen neun Kategorien der Preisverleihung „Gelber Engel“ in den vergangenen zehn Jahren habe nicht nachgewiesen werden können. Deloitte hatte in den vergangenen Wochen sämtliche Kategorien des Preises untersucht. Mitte Februar hatten die Prüfer nachgewiesen, dass die angeblich von den Lesern des Magazins „ADAC Motorwelt“ gekürte Hitliste für den Preis „Gelber Engel“ fast zehn Jahre lang gefälscht worden war. Als Hauptschuldiger gilt in dem Skandal der frühere ADAC-Kommunikationschef Michael Ramstetter. Er hatte im Januar gestanden, bei der Wahl zum Lieblingsauto beim „Gelben Engel“ 2014 die Zahl der Teilnehmer manipuliert zu haben. Er trat von allen Ämtern zurück. Der mittlerweile geschasste ADAC-Kommunikationschef habe bei einem Kollegen aus dem ADAC Ressort „Test & Technik“ angefragt, ob die Platzierung eines spezifischen Fahrzeugs in der Testkategorie Reiselimousine 2014 nicht vom zweiten auf den ersten Platz geändert werden könne, ergab die Untersuchung. „Dieser Versuch der Manipulation wurde von dem ADAC-Mitarbeiter mit technischer Begründung und Hinweis auf bereits veröffentlichte Testberichte zurückgewiesen“, erklärte der Automobilklub unter Berufung auf die Prüfer. Dies habe eine Auswertung von E-Mails ergeben. [Internet-Link](#)

MILLIARDENÜBERNAHME: CONTI KAUFT US- KAUTSCHUK-RIESEN VEYANCE



Conti geht wieder auf Expansionskurs: Erstmals seit dem Kauf von VDO und der kraftzehrenden Übernahmeschlacht mit Schaeffler stemmt der Autozulieferer aus Hannover eine große Übernahme. Der US-Kunststoffhersteller Veyance soll helfen, neue Märkte zu erobern

Der Autozulieferer Continental stemmt sechs Jahre nach dem letzten Milliarden-Deal die nächste große Übernahme. Der Dax-Konzern aus Hannover kauft für rund 1,4 Milliarden Euro den US-Kautschuk- und Kunststoffspezialisten Veyance. Mit dem US-Finanzinvestor Carlyle sei darüber eine Vereinbarung getroffen worden, teilte Conti am Montag mit. Veyance erzielte zuletzt mit weltweit rund 9000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro. Veyance soll Tochtergesellschaft von ContiTech werden und das Geschäft außerhalb der Automobilindustrie stärken. Die US-Firma werde gleich nach Abschluss der Übernahme einen positiven Beitrag zum Konzernergebnis leisten, kündigte Vorstandschef Elmar Degenhart an. Die Akquisition werde bar und über Kreditlinien finanziert. Durch die Übernahme verstärkt sich ContiTech aber auch in Regionen, in denen das Unternehmen bisher kaum oder gar nicht vertreten ist, vor allem in den USA und Südamerika. Zusätzliche Chancen ergäben sich in Mexiko, Kanada, China und Australien, teilte Continental mit. Mit dem Abschluss der Transaktion, für die die Kartellbehörden in mehreren Ländern noch grünes Licht geben müssen, rechnet Conti im Herbst. ContiTech-Chef Heinz-Gerhard Wente bezifferte den erwarteten Kostenvorteil durch den gemeinsamen Einkauf mit Veyance auf 75 Millionen Euro verteilt auf drei Jahre. *Unabhängiger von den Zyklen des Autogeschäfts*

Conti hatte sich 2007 mit der Übernahme des Autoelektronikspezialisten VDO für gut elf Milliarden Euro von Siemens stark verschuldet. Ein Jahr später folgte die Übernahmeschlacht mit Schaeffler. Die Übernahme brachte das mit der Herstellung von Wälzlagern groß gewordene fränkische Familienunternehmen an den Rand des Ruins, weil die Bankenkrise die Finanzierung über den Haufen warf. Schaeffler leidet noch heute unter der Schuldenlast. Conti hatte den noch aus der VDO-Übernahme stammenden Schuldenberg in den vergangenen Jahren schrittweise abgetragen und ist dadurch wieder in der Lage, zu expandieren. Der Anteil am Geschäft außerhalb der Automobilindustrie steigt durch Veyance von zuvor 28 Prozent auf knapp ein Drittel. Ziel sei weiterhin ein Anteil von 40 Prozent, bekräftigte Wente, der weitere Käufe nicht ausschloss. Mit einem höheren Anteil am Nicht-Auto-Geschäft will Conti unabhängiger von den Schwankungen der Branche werden. Die Tochter ContiTech stellt Transportbänder für Minen und Schlauchsysteme für die Lebensmittel-, Kosmetik- und Pharmaindustrie her. Aber auch das Reifenersatzgeschäft gehört dazu. Im abgelaufenen Jahr hatte der hinter dem japanischen Weltmarktführer Denso weltweit zweitgrößte Automobilzulieferer den Konzernumsatz auf 33,3 Milliarden Euro leicht gesteigert. Das bereinigte Ergebnis vor Zinsen und Steuern belief sich auf 3,7 Milliarden Euro. Die Ebit-Rendite kletterte auf 11,2 Prozent, einen halben Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. [Internet-Link](#)

AIRBUS STEIGERT GEWINN UM FAST EIN VIERTEL



Im Rüstungsgeschäft läuft es zwar nicht so gut, doch die Bestellungen arabischer Fluggesellschaften füllen die Auftragsbücher.

Der Luftfahrtkonzern Airbus sieht sich angesichts des Booms im Geschäft mit Passagierjets auf Kurs zu seinen Renditezielen. Für das laufende Jahr sagte Konzernchef Tom Enders am Mittwoch zwar lediglich stagnierende Umsätze, dafür aber weiter steigende Margen voraus. Der Umbau des lahenden Militärgeschäfts, der mit dem Abbau tausender Stellen in Deutschland einhergeht, beginne sich unterdessen auszuzahlen. "Wir hatten insbesondere im Airbus-Zivilflugzeuggeschäft einen starken Auftragseingang, der eine solide Grundlage für das künftige Wachstum unseres Konzerns bildet", erklärte Enders. Vor allem die Bestellungen arabischer Airlines großer Flugzeugmodelle füllten Airbus im Schlussquartal 2013 die Auftragsbücher. Das Tagesgeschäft mit dem Mittelstreckenflieger A320 bleibt allerdings das Rückgrat des Flugzeugbaus. Enders stockt nun die Fertigungsrate für das Erfolgsmodell auf. Bis zum Jahr 2016 sollen 46 Flugzeuge monatlich die Produktion verlassen, bisher sind es 42.

Der prestigeträchtige Langstreckenflieger A350 bereitet dem Vorstand Kopfzerbrechen. Das jüngste Modell im Angebot sei zwar auf Kurs, bis Ende des Jahres in Dienst gestellt werden zu können. Allerdings mussten die Toulouser die Stückkosten zuletzt höher veranschlagen. Der anstehende Produktionshochlauf berge noch einige Risiken, die der früheren EADS höhere Rückstellungen

einbrocken könnten, erklärte der Konzern. Trotz der Kosten für die laufende Sanierung verbuchte Airbus im vergangenen Jahr einen deutlich Gewinnanstieg. Vor allem wegen der guten Geschäfte mit Passagierfliegern legte der Überschuss binnen Jahresfrist um gut ein Fünftel auf 1,47 Milliarden Euro zu. Der Umsatz kletterte um fünf Prozent auf 59,3 Milliarden Euro. Die Dividende soll auf 75 von 60 Cent je Aktie steigen. Analysten hatten jedoch mehr erwartet - sie rechneten im Durchschnitt bei einem Überschuss von 1,59 Milliarden Euro mit einer Dividende von 85 Cent je Aktie .

Schwache Auftragslage im Rüstungsgeschäft

Im traditionsreichen Rüstungsgeschäft verbuchte Airbus zwar erneut ein Umsatzplus von vier Prozent auf fast sechs Milliarden Euro. Allerdings zeichnet sich in dem Geschäft bereits die Vorhersage von Konzernchef Enders ab, dass die Geschäfte dort wegen klammer staatlicher Auftraggeber schlechter laufen werden. Der Auftragsbestand der Sparte nahm zum Jahresende um acht Prozent ab. Im Geschäft mit Kriegsgesetz und in der Raumfahrttechnik setzt Enders den Rotstift an. Rund 5800 Stellen sollen vor allem in diesen Bereichen gestrichen werden, 2600 davon in Deutschland. Der Eurofighter-Standort Manching bei Ingolstadt wird besonders hart getroffen, 1000 Mitarbeiter sollen dort ihren Arbeitsplatz verlieren. Enders will im Ernstfall Personal auch betriebsbedingt kündigen, um seine Renditeziele zu erreichen. In Deutschland steht Enders zudem neuerlicher politischer Ärger ins Haus. Insidern zufolge verlangt der Reserveoffizier von Verteidigungsminister Ursula von der Leyen an die 900 Millionen Euro, falls sie die letzten 37 Eurofighter nicht wie ursprünglich abnimmt. Die CDU-Politikerin will Insidern zufolge auf die rund 3,2 Milliarden Euro teure Lieferung verzichten. In den Verträgen war seinerzeit allerdings eine Kompensationszahlung vereinbart, auf die Airbus pocht. Airbus-Rüstungschef Bernhard Gerwert sprach sich für eine Neuordnung der Beziehung zwischen Industrie und Politik im Zuge der Reformen von der Leyens aus. „Verbesserte Beschaffungsprozesse, eine enge Partnerschaft, vor allem aber auch verlässliche Geschäftsbeziehungen müssen Ziel der bevorstehenden Reformbemühungen sein“, schrieb er in einem Brief an die Mitarbeiter. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Internationale Politik
und Gesellschaft**Mehr als bloß ein Machtkampf: Die Türkei steckt in einer Systemkrise**von Stefan Hibbeler¹

Internationale Politik und Gesellschaft, 24.02.2014

Die politische Krise, die mit der ersten Welle von Korruptionsuntersuchungen am 17. Dezember 2013 in der Türkei ausgelöst wurde, wird meist als Machtkampf zwischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und der islamisch-konservativen Gülen Bewegung aufgefasst. Bereits im Herbst 2013 war der Konflikt zwischen den früheren Bündnispartnern offen ausgebrochen. Seit den Korruptionsvorwürfen erklärt die Regierung nun, dass sie mit einer Intrige der Gülen Bewegung konfrontiert sei, deren Mitglieder in Polizei und Justiz quasi einen Parallelstaat errichtet hätten. Tatsächlich sieht sich die türkische Öffentlichkeit seither nicht nur mit immer neuen Korruptions- und Konspirationsvorwürfen konfrontiert. Es zeigt sich auch die Schwäche des verfassungsmäßigen Systems der Gewaltenteilung.

Festnahmewellen in der Türkei

Am 17. Dezember wurde eine Festnahme und Durchsuchungswelle ausgelöst, die ausgehend von den Söhnen dreier Minister und zahlreichen regierungsnahen Geschäftsleuten, Geldwäsche, Bestechungen, Immobilienschiebereien und zahlreiche weitere Vorwürfe beinhaltete. Vier Minister mussten daraufhin im Januar ihr Ressort räumen. Eine zweite Untersuchungswelle am 25. Dezember 2013 wurde dadurch verhindert, dass sich die Polizei weigerte, die Anordnung des ermittelnden Staatsanwalts sowie den dazugehörigen Gerichtsbeschluss umzusetzen. Die Regierung Erdoğan wurde von der ersten Untersuchung überrascht, reagierte dann jedoch hart. Sie bezeichnete die Vorwürfe als Intrige und wechselte die im Auftrag der Staatsanwaltschaft ermittelnden Polizeibeamten aus. Ihrer Auffassung nach habe sich in Polizei und Justiz eine Parallelstruktur entwickelt, die von außen gesteuert werde. Angesichts des Konflikts mit der Gülen Bewegung lag nahe, diese „Parallelstruktur“ dieser Bewegung zuzuordnen.

Doppelstrategie der AKP

Nun macht sich die Regierung daran, diese Parallelstruktur zu zerschlagen. Innerhalb eines Monats wurden mehr als 2.500 Polizeibeamte versetzt. Doch stieß die Regierung beim Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte, der für die dienstrechtlichen Fragen der Justizangehörigen zuständig ist, auf Widerstand. Hier bediente sich die Regierung darum einer Doppelstrategie. Während die regierende AKP auf der einen Seite einen Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitsweise und Personalstruktur des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte in das Parlament einbrachte, gelang ihr am 15. Januar auch ein Coup im Hohen Rat: Die Zusammensetzung einer der drei Kammern des Gremiums wurde geändert. Dadurch erlangte sie die Kontrolle über diese Kammer und nahm ab dem 16. Januar Umbesetzungen auch bei den Staatsanwaltschaften vor. Abgelöst wurden insbesondere die Staatsanwälte, die durch Korruptionsuntersuchungen sowie anderen Ermittlungen, die die Regierung in Schwierigkeiten bringen konnten. Wirken die Spannungen, die durch Korruptionsuntersuchungen und Säuberungen im Staatsapparat ausgelöst werden, auf den ersten Blick auch wie ein politischer Machtkampf, so werden gleichwohl weit grundlegendere Fragen berührt: Die Weigerung der Polizei am 25. Dezember, die Anweisungen der Staatsanwaltschaft auszuführen, ist ein offener Bruch geltender Gesetze. Gegen die verantwortlichen Beamten im Sicherheitsapparat wurde von der Staatsanwaltschaft Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gestellt. Doch dieser Antrag wurde postwendend durch den Justizminister abgelehnt. Der Immunitätsvorbehalt im türkischen Beamtenrecht verhindert auf diese Weise, dass ein Rechtsbruch geahndet werden kann. Zugleich wurden schwerpunktmäßig bei der Polizei, aber auch bei zahlreichen weiteren Behörden, Umbesetzungen vorgenommen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Umbesetzungen darauf anzielen, die postulierten „Parallelstrukturen“ zu zerschlagen. Doch aus welcher Quelle die

¹ Dr. Stefan Hibbeler ist Herausgeber der Istanbul Post, einer wöchentlichen deutschsprachigen Internetzeitung zur Türkei sowie freier Mitarbeiter für das Istanbul-Büro der Friedrich Ebert Stiftung.

Informationen stammen, mit denen Tausende von Beamten als „unzuverlässig“ eingestuft werden, bleibt im Dunkeln. Zwar steht den Betroffenen der Rechtsweg offen, um die Personalmaßnahmen zu überprüfen, doch müssen sie bis zur Klärung der Vorwürfe schwerwiegende Nachteile hinnehmen, denn eine Versetzungsanordnung in die Provinz oder auf einen ungünstigen Dienstposten bleibt bis zur gerichtlichen Klärung bestehen. Dies wiederum kann eine beträchtliche Hürde sein, sich mit Korruptionsvorwürfen gegen Vorgesetzte oder einflussreiche Persönlichkeiten zu beschäftigen.

Ringens um Transparenz

Auffällig ist, dass im aktuellen Konflikt das Augenmerk der Korruptionsbekämpfung eindeutig auf Justiz und Polizei liegt. Aktuelle Strategien zur Verhinderung von Korruption setzen jedoch weiter an. Sie verlassen sich darauf, dass durch Transparenz die Öffentlichkeit selbst Anteil an der Verhinderung von Korruption nimmt. So ist in der Türkei beispielsweise für Parlamentarier und Spitzenbeamte eine Vermögensdeklaration vorgeschrieben, die jedoch unveröffentlicht bleibt. Auf diese Weise kann es bei ausreichend politischem Einfluss leicht gelingen, schnelle Zuwächse bei den Vermögensverhältnissen zu vertuschen. Ähnliches gilt auch für die anzugebenden Vermögensbestandteile, denn eine öffentliche Einsicht erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, dass nicht angegebene Vermögensteile angezeigt werden. Die türkische Sektion von Transparency International hat nicht zuletzt aus diesem Grund eine Kampagne gestartet, die sich für die Veröffentlichung der Vermögensdeklarationen einsetzt. Zugleich ruft sie Politiker auf, ihre Vermögenserklärungen im Internet zu publizieren, was auch ohne eine Gesetzes- oder Statutenänderung im Parlament möglich wäre. Doch jenseits von individueller Bereicherung kann Korruption insbesondere auch im Hinblick auf Abhängigkeiten von politischen Parteien in Erscheinung treten. Nicht zuletzt aus diesem Grund setzt die Gruppe der Länder gegen Korruption im Europarat (Greco) vor allem an Regeln zur Parteienfinanzierung an, um durch Transparenz und wirksame Kontrolle klarere Linien zwischen legalen und legitimen Lobbyaktivitäten auf der einen Seite und unzulässiger Abhängigkeit zu ziehen. Auch die Türkei ist dieser Gruppe beigetreten. Im Greco-Compliance Report vom März 2012 wird im Hinblick auf die entwickelten Standards jedoch festgestellt, dass sich die Türkei „in einem frühen Stadium“ der Anpassung befinde. Keine der 17 Empfehlungen, die im Rahmen der dritten Evaluationsrunde entwickelt worden sind, sei vollständig umgesetzt. Die vorhandenen Lücken wie etwa fehlende Beschränkungen für die Unterstützung von Kampagnen individueller Kandidaten für kommunale Ämter oder das Parlament oder auch die unzureichende Prüfung der Parteienfinanzierung durch das Verfassungsgericht, können zu den erhobenen Korruptionsvorwürfen beigetragen haben.

Versteht man Krisen als Chance, so kann die Türkei durch grundlegende Reformen am politischen System sowohl Korruptionsvorwürfen als auch der Entwicklung autonomer Cliquen innerhalb des Staatsapparates entgegenwirken. Voraussetzung jedoch wäre, dass Parteipolitik nicht als einziger Ausdruck von Demokratie verstanden wird. Im Mittelpunkt solcher Reformen kann darum insbesondere die Verankerung von Transparenzregeln stehen, die der Zivilgesellschaft eine wichtigere Rolle bei der Korruptionsbekämpfung beimessen. Offenlegung der Parteienfinanzierung und individuellen Wahlkampfausgaben, die Rücknahme von Ausnahmeklauseln von den Verfahren zur öffentlichen Ausschreibung bei Aufträgen sowie eine wirksame Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung würden bei einem großen Teil der im Raum stehenden Korruptionsvorwürfen Abhilfe schaffen. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - \pm 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) □ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 7,9% * USA : 4,5%
 - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
 Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikkacheln
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals** : € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft** : Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 + 69 Millionen GSM-Abonnenten
 + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
 + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 → Ausbau des e-governments
- **Tourismus** : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
 Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
 Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
 Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
 Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
 Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
 Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
 Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
 Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org